



Regierungsbank im Bundestag



Annen

Maas



Gabriel

SPD

Nachwuchs plant für die Zeit nach Schröder

Rund ein Dutzend SPD-Nachwuchskräfte von der Parteilinken und dem „Netzwerk“ beginnen damit, Pläne für den Neuaufbau der Sozialdemokratie in der Nach-Schröder-Ära zu schmieden. Initiiert von der Parteilinken Andrea Nahles, 34, dem niedersächsischen Oppositionsführer Sigmar Gabriel, 45, dem Ex-Juso-Chef Niels Annen (Hamburg), 32, dem Saarländer Heiko Maas, 38, und dem Europapolitiker Martin Schulz, 49, hatten sich die Junggenossen für den 5. Juni zu einem diskreten Treffen in Berlin verabredet. Ziel ist eine programmatische Grobskizze und ein personelles Tableau für den Bundesparteitag im November, unabhängig vom Ausgang der Bundestagswahl. Mit von der Partie ist auch der frühere Bundesgeschäftsführer Matthias Machnig, 45. Nahles und Gabriel spekulieren auf die Posten der stellvertretenden Partei-

vorsitzenden, weil Wolfgang Clement, 64, und auch Heidemarie Wieczorek-Zeul, 62, nach einer verlorenen Wahl womöglich aus ihren Ämtern scheiden.

Wichtigste Gegner der Nachwuchsgenossen: die älteren Parteifreunde, die erneut prominent und zahlreich in den Bundestag drängen. Nach Otto Schily, Renate Schmidt, Peter Struck, Ulla Schmidt und Edelgard Bulmahn haben sich in der vergangenen Woche auch Hans Eichel (Kassel) und Brigitte Zypries (Darmstadt) Wahlkreise gesichert. Ex-Arbeitsminister Walter Riester, der seinen Rückzug aus dem Parlament bereits in Aussicht gestellt hatte, kandidiert jetzt doch und will sich im Falle eines Erfolgs wieder den Themen Arbeit und Soziales zuwenden.

Noch offen ist die Perspektive des abgewählten NRW-Ministerpräsidenten Peer Steinbrück, der auch als Nachfolger für Fraktionschef Franz Müntefering im Gespräch ist. Am vergangenen Mittwoch forderte ihn Generalsekretär Michael Groschek in der NRW-Landesgruppe in Berlin zu einer Kandidatur für den Bundestag auf: „Peer, du musst das jetzt machen.“ Ernsthaften Widerstand leistete Steinbrück nicht. „Ich weiß, dass ich in der Verantwortung bin. Aber drängt mich nicht – ich will mir noch 14 Tage Zeit lassen.“

PDS

Belastetes Bündnis

Die PDS und die linke Wahlalternative Arbeit & soziale Gerechtigkeit (WASG) ringen zäh um ein mögliches Bündnis zur Bundestagswahl. PDS-Chef Lothar Bisky ist verärgert über die zahlreichen Erklärungen von WASG-Vorstand Klaus Ernst, Mitglieder seiner Vereinigung seien keineswegs bereit, auf offenen Listen der PDS zu kandidieren. Auf zwei vertraulichen Treffen, in Fürth und Nürnberg, bestanden PDS-Vertreter darauf, dass unbedingt das Kürzel PDS auf den Wahlzetteln stehen müsse – weil

ostdeutsche Wähler sonst irritiert würden. Eine Fusion oder die Gründung einer neuen, gemeinsamen Partei ist bis zum Wahltag aus PDS-Sicht „ausgeschlossen“. Möglich sei aber etwa die Ergänzung des Parteinamens PDS um den Zusatz „Demokratische Linke“, was ein PDS-Parteitag beschließen müsste. Darin sehen WASG-Vertreter allerdings nur eine „kosmetische Aktion“. Sie sind verärgert, dass PDS-Spitzenkandidat Gregor Gysi von den Postsozialisten auch gleich zum zukünftigen Fraktionschef ausgerufen



Gysi

wurde. Zudem fürchtet die WASG die totale Abhängigkeit von PDS-Landesverbänden, die den WASG-Kandidaten aussichtsreiche Listenplätze verweigern könnten. In der PDS-Zentrale wachsen inzwischen auch Bedenken wegen einer möglichen Zusammenarbeit mit Ex-SPD-Chef Oskar Lafontaine. PDS-Politiker berichten von negativen Reaktionen der Basis; wer mit dem Amt August Bebel's so umgehe wie Lafontaine, polterten Genossen auf Versammlungen, dem sei nicht zu trauen.